

Bayerische Standespolitik im Wahljahr

Drei Fragen an FVDZ, FZ und ZZB

2010 ist Wahljahr für die Bayerische Landes Zahnärztekammer und die Kassenzahnärztliche Vereinigung Bayerns. Das Bayerische Zahnärzteblatt

hat je drei Fragen an die Vertreter der zahnärztlichen Interessenvertretungen gerichtet, die sich zur Wahl stellen.

Dr. Jürgen Welsch, Landesvorsitzender Bayern Freier Verband Deutscher Zahnärzte (FVDZ)

BZB: Wird die Freiberuflichkeit des Zahnarztes durch die aktuelle Entwicklung des Gesundheitsrechts und der Gesundheitspolitik noch gewährleistet?

Dr. Jürgen Welsch: Gute Frage. Generell kann man feststellen, dass die Freiberuflichkeit und sogar die Existenz der Praxen heute mehr denn je bedroht sind! Professionalität, Eigenverantwortlichkeit und Unabhängigkeit, die wesentlichen Kriterien eines Freien Berufs, haben unter der Politik der vergangenen Jahre gelitten. Neue

Pflichten, mehr Bürokratie und unnötige Überwachung führen uns doch hin zur Staatsmedizin. Immer weniger Freiräume bedeuten immer weniger freiberufliche Entscheidungsmöglichkeiten des Zahnarztes. Ärztemangel auf dem Land, wirtschaftliche Schwierigkeiten in den Praxen sind die Folgen dieser verfehlten Gesundheitspolitik. Dass Freiberuflichkeit auch eine angemessene Vergütung erfordert, wird weder durch die Sozialgesetzgebung noch in der GOZ berücksichtig.

Der Aufbruch in eine neue Ära der Gesundheitspolitik wurde von der neuen Regierungskoalition zwar angekündigt, bisher gibt es aber bloß eine positive Gesprächsatmosphäre.

BZB: Welche Ziele sollte die Gesundheitspolitik aus Sicht der bayerischen Zahnärzte verfolgen?

Dr. Jürgen Welsch: Die Politik muss endlich anfangen, Vertrauen in den Berufsstand der Zahnärzteschaft zu setzen! Schließlich hat die Zahnärzteschaft über viele Jahrzehnte nicht nur die hohe Versorgungsqualität der Bevölkerung sichergestellt, sondern auch in der Prävention weltweit einzigartige Erfolge erzielt. Wir brauchen die solidarische Grundsicherung unserer Patienten, wir brauchen aber ebenso mehr Eigenverantwortung nicht nur der Patienten, sondern auch der Zahnärzte. Eigenverantwortung wo möglich, Solidarität wo nötig – da-

mit der Patient weiterhin im Mittelpunkt zahnärztlichen Handelns stehen kann.

BZB: Welche Schwerpunkte sollten die beiden zahnärztlichen Körperschaften in Bayern, BLZK und KZVB, bei ihrer Arbeit setzen?

Dr. Jürgen Welsch: Die Kammer hat gut gearbeitet. Wir wollen aber noch weniger staatliche Gängelung zum Beispiel bei Röntgen, Hygiene und QM. Im KZV-Bereich muss es zu einer Revitalisierung der Selbstverwaltung kommen, durch Wiedereinführung des Ehrenamtes in der Führungsspitze, durch mehr Demokratie in Gremien und Ausschüssen sowie durch weniger Kontrolle und Überwachung der Praxen. Selektivverträge sind in der GKV und bei der PKV eine große Gefahr für jede Praxis – auch deshalb müssen Kammer und KZV mit einer Stimme sprechen. So wenig Körperschaft wie möglich, aber Hilfestellung für die Praxen wo nötig – das kann nur der Freie Verband erreichen.

Dr. Stefan Gassenmeier, Pressesprecher Freie Zahnärzteschaft (FZ)

BZB: Wird die Freiberuflichkeit des Zahnarztes durch die aktuelle Entwicklung des Gesundheitsrechts und der Gesundheitspolitik noch gewährleistet?

Dr. Stefan Gassenmeier: Im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung wird die Freiberuflichkeit sicher immer weiter eingeschränkt, Gerichte haben bereits Vertragsärzte als „Beauftragte“ der Kassen eingestuft. Je enger der finanzielle Spielraum in der GKV wird, desto restriktiver werden die „Spielregeln“ und wird der Staat in die Selbstverwaltung durchgreifen. Das zarte Pflänzchen einer möglichen Liberalisierung, das viele Kollegen nach der Bundestagswahl keimen sahen, kümmer momentan. Ansätze einer neuen Approbationsordnung und einer neuen Gebührenordnung dümpeln vor sich hin. Die Freie Zahnärzteschaft nutzt alle Möglichkeiten, sich in politischen Gremien einzubringen, um hier voranzukommen.



Fotos: privat

BZB: Welche Ziele sollte die Gesundheitspolitik aus Sicht der bayerischen Zahnärzte verfolgen?

Dr. Stefan Gassenmeier: Die Gesundheitspolitik muss Freiräume für Zahnarzt und Patienten schaffen, die eine moderne Zahnheilkunde ermöglichen. Die tatsächliche Gleichstellung von Sachleistung und Kostenerstattung, die die Freie Zahnärzteschaft massiv fordert, wäre hier ein Meilenstein. Das Morbiditätsrisiko muss von der (Zahn-)Ärzteschaft weg hin zur Kostenträgerseite verlagert werden; das heißt, die Budgetierung in der GKV muss durch Zuschussregelungen überwunden werden. Längerfristig muss ein Wechsel von der Pflichtversicherung in der GKV hin zur Versicherungspflicht erfolgen, um einerseits die Probleme der alternden Gesellschaft zu lösen und andererseits die Innovationen in Medizin und Zahnmedizin umsetzbar zu machen. Im Bereich der GOZ muss eine kostendeckende Honorierung erzielt werden. Eine klare und transparente Trennung von Liquidation und Erstattung nicht nur im Bereich der Beamtenbeihilfe ist eine Grundbedingung für eine stabile wirtschaftliche Grundlage des freiberuflichen Zahnarztes.



BZB: Welche Schwerpunkte sollten die beiden zahnärztlichen Körperschaften in Bayern, BLZK und KZVB, bei ihrer Arbeit setzen?

Dr. Stefan Gassenmeier: KZVB: Zurückfahren der Verwaltung und aller Aufgaben auf das absolute gesetzliche Mindestmaß, rigider Sparkurs zur Senkung der Verwaltungskosten.

BLZK: Liberale Auslegung der GOZ, Unterstützung der Praxen bei der Auslegung der GOZ durch schnellere und qualifizierte Stellungnahmen. Hilfestellung für die Praxen bei QM und Hygienevorschriften, insbesondere gegen Behörden. Kostensenkung, Verschlankung der Verwaltung, Abschaffung von Prestigeprojekten. Einsatz bei der Bundeszahnärztekammer für eine angemessene Honorierung ohne „Schamvorbehalte“. Förderung der Berufsaus- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen ohne die derzeitigen bürokratischen Hemmnisse.

Dr. Janusz Rat, 1. Vorsitzender Zukunft Zahnärzte Bayern (ZZB)

BZB: Wird die Freiberuflichkeit des Zahnarztes durch die aktuelle Entwicklung des Gesundheitsrechts und der Gesundheitspolitik noch gewährleistet?

Dr. Janusz Rat: Zukunft Zahnärzte Bayern (ZZB) engagiert sich seit seiner Gründung im Jahr 2000 für die

Förderung der freiberuflichen Berufsausübung des Zahnarztes. Ulla Schmidt meinte ja einmal ganz offen, es müsse Schluss sein mit der „Ideologie der Freiberuflichkeit“. Wir haben deshalb seitens der KZVB ein „Leitbild Freiberuflichkeit“ entwickelt und an alle Vertragszahnärzte versandt. Für mich sind die Kolleginnen und Kollegen, die jeden Tag unter widrigen Umständen Höchstleistungen in ihren Praxen vollbringen, „Helden des Alltags“, die dafür sorgen, dass die Freiberuflichkeit bislang allen Angriffen widerstanden hat.

BZB: Welche Ziele sollte die Gesundheitspolitik aus Sicht der bayerischen Zahnärzte verfolgen?

Dr. Janusz Rat: Begrenzten Ressourcen stehen theoretisch unbegrenzte Wünsche gegenüber. Die gesetzliche Krankenversicherung kann nur noch eine Grundabsicherung bieten. Darüber hinausgehende Leistungen müssen privat bezahlt werden oder durch Zusatzversicherungen abgedeckt werden. Die Selbstverwaltung muss wieder gestärkt werden. Niemand versteht es besser als wir selbst, wie eine zahnmedizinische Versorgung gestaltet werden muss.



BZB: Welche Schwerpunkte sollten die beiden zahnärztlichen Körperschaften in Bayern, BLZK und KZVB, bei ihrer Arbeit setzen?

Dr. Janusz Rat: ZZB setzt auf „Evolution statt Revolution“. Wir wollen einerseits das GKV-System liberalisieren. Andererseits versuchen wir innerhalb des bestehenden Systems das Maximum für uns Zahnärzte herauszuholen und gleichzeitig die Türen in die außervertraglichen und mehrleistungsfähigen Leistungen immer mehr zu öffnen. Das unterscheidet uns von anderen, die auf Krawall, Umsturz und Systemausstieg setzen. Die Budgetierung muss umgehend beseitigt werden. Die Geschlossenheit des Berufsstandes ist dabei unsere stärkste Waffe. Die BLZK muss sich vor allem gegen die immer stärkere Bürokratisierung des freien Berufs Zahnarzt zur Wehr setzen. Die jahrzehntelange Nichtanpassung der GOZ hat zu massiven finanziellen Einbußen in unseren Praxen geführt. Die BLZK muss darauf drängen, dass endlich eine GOZ kommt, die das Kostengeschehen abbildet. Eine adäquat honorierte Privatzahnheilkunde ist unser Innovationsmotor. Und das Berufsbild darf nicht über Bachelor- und Masterstudiengänge ausgehöhlt werden.